

# BSH-Studenten bei den Petersberger Gesprächen

**Der Petersberg ist ein geschichtsträchtiger Ort. Bis 1952 diente er als Sitz der Alliierten Hohen Kommission und ist Namensgeber des Petersberger Abkommens. Ein beeindruckendes Ambiente also für die Studierenden des Bundesverbandes für Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). Sie bekamen die Gelegenheit, an den 14. Petersberger Gesprächen teilzunehmen und damit – für viele erstmalig – in Kontakt mit hochrangigen Experten aus der Sicherheitspolitik zu kommen.**

Bei bestem Ausblick diskutierten dort am Vormittag Fachleute aus Wissenschaft und Praxis über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, während sich der Nachmittag traditionell der Bundeswehr widmete.

Die Bedrohungslage, da war sich das Plenum einig, sei vielfältiger und komplexer geworden. Der Klimawandel, hybride Bedrohungsszenarien, Cyberattacken, aber auch die instabile atlantische Zusammenarbeit seien drängende Probleme, denen sich Politik und Wirtschaft stellen müssten. Dabei sei klar, dass Deutschland diese Aufgaben nur gemeinsam mit seinen

europäischen Partnern bestehen könne. Um Unternehmungen jeglicher Natur politisch abzustützen, sei die Einführung eines europäischen Sicherheitsrates denkbar, in dem strategische Debatten einen Ort finden könnten, sagte Diplomatin Antje Leendertse, Politische Direktorin im Auswärtigen Amt.

„Die Bundeswehr ist keine Prekariatsarmee“, fasste der Generalinspekteur der Bundeswehr General Eberhard Zorn die aktuelle Personallage der Bundeswehr zusammen und eröffnete damit die Debatte am Nachmittag. Trotz Nachwuchsproblemen seien für alle Laufbahngruppen mehr Bewerber als Posten vorhanden. Dennoch könne man auf die Expertise der Reservedienstleistenden, insbesondere angesichts der aktuellen Herausforderungen, nicht verzichten. Gerade diese würden zeigen, dass die Landes- und Bündnisverteidigung gleichauf mit der internationalen Verantwortung stehen müsse. Das beeinflusse die strukturelle Dimension der Streitkräfte: Für die effiziente Landes- und Bündnisverteidigung bräuhete man Bataillone, während man für die Ertüchtigung von Sicher-

heitskräften vor Ort hochrangige Soldaten benötige.

Bei der Ausrüstungslage sei man hingegen an einem kritischen Punkt angekommen. So seien nicht nur die Reserven aufgebraucht, sondern man zehre auch an der Konsistenz. Der Wehrbeauftragte Dr. Hans-Peter Bartels merkte an, dass man dringend finanzielle Mittel benötige, um die Streitkräfte materiell auf Kurs zu bringen. Dies bedarf jedoch diplomatisches Fingerspitzengefühl, wie Wolfgang Hellmich, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag berichtete: „Wer dem Haushaltsausschuss zu sehr auf die Füße tritt, der merkt: Die treten zurück.“

Der Austausch zwischen akademischer Forschung und praktischer Sicherheitspolitik bot zahlreiche Möglichkeiten für Synergieeffekte. Diesbezüglich machte die Konferenz deutlich, dass das akademische Wissen stets im Austausch mit der sicherheitspolitischen Praxis stehen muss, um wirksam eingesetzt werden zu können. Die Studentinnen und Studenten des BSH dankten dem Kölner Jugendoffizier Moritz Brake, der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Wolfgang Hellmich (MdB) für die Unterstützung der sicherheitspolitischen Hochschularbeit.

Sven Jovy/Philipp Thimm



Die BSH-Studenten zusammen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn (letzte Reihe, Erster von links), dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Wolfgang Hellmich MdB (erste Reihe, Zweiter von links), und dem Wehrbeauftragten, Dr. Hans-Peter Bartels (letzte Reihe, Erster von rechts)